

Frage 1: Wird Ihre Partei aktiv für Elternmitwirkung bei Schülern über 18 Jahren eintreten?

Antwort: Die CDU hält eine Elternmitwirkung für Schüler über 18 Jahre nicht für sinnvoll, da die Vertretungsrolle der Eltern mit dem Erreichen der Volljährigkeit erlischt.

Frage 2: Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um den Breitbandausbau auch in ländlichen Gebieten zu forcieren?

Antwort: Die CDU wird Bundesmittel für Breitbandausbau und Digitalisierung wie zum Beispiel des Digitalpakt#D bis 2022 mit Landesmitteln in Höhe von 1 Mrd. Euro ergänzen. Damit wollen wir den Breitbandausbau auch im ländlichen Raum beschleunigen, alle Schulen sowie öffentliche Gebäude des Landes mit Publikumsverkehr mit kostenlosem WLAN ausstatten sowie Kommunen bei der Bereitstellung vergleichbarer Angebote unterstützen.

Zudem wollen wir die Grundlage für ein leistungsfähiges 5G-Mobilfunknetz legen.

Durch die Verlegung einer Leitungsinfrastruktur für gigabitfähige Glasfaserkabel im Rahmen von Straßenbauprojekten wollen dazu beitragen, dass Straßen künftig nur noch einmal aufgerissen werden müssen. Dies spart Ressourcen und Finanzmittel.

Frage 3: Welches Maßnahmenpaket wird Ihre Partei ergreifen, bis zum Jahr 2023 die Inklusion personell und sächlich so auszustatten, dass an allen niedersächsischen Schulen Kinder mit Förderbedarf inklusiv beschult werden können?

Antwort: Die CDU bekennt sich zur Umsetzung der Inklusion an allen Schulen. Entscheidend ist für uns dabei das Wohl aller Kinder. Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf können erfolgreich an Regelschulen lernen. Für diejenigen mit größerem Unterstützungsbedarf bieten aus Sicht der CDU spezialisierte Förderschulen hingegen bessere Voraussetzungen.

Wir werden eine einjährige Atempause für die Inklusion in den niedersächsischen Schulen einlegen und damit die Umsetzung der Inklusion in Niedersachsen entschleunigen. Ansonsten droht sie zu scheitern. Wir werden mit Experten und den Beteiligten beraten und entscheiden, wie wir mit den vorhandenen Ressourcen umgehen und wie das sich immer stärker abzeichnende Fehlen von Förderschullehrkräften an unseren Schulen gelöst werden kann.

Wir wollen die Rahmenbedingungen der schulischen Inklusion so gestalten, dass Inklusion gelingen kann. Dazu gehören ausreichend fortgebildete Lehrkräfte, genügend Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume.

Neben der inklusiven Schule werden weiterhin spezialisierte Förderschulen bestehen, einschließlich eines Angebotes im Bereich des Schwerpunktes Lernen. Die Förderschulen Sprache werden als eigene Förderschulform wieder in das Niedersächsische Schulgesetz aufgenommen. Damit werden wir die echte Wahlfreiheit für Eltern und schulpflichtige Kinder mit Behinderung wiederherstellen und dem Kindeswohl den gebührenden Platz einräumen.

Der Einsatz von Integrationshelfern, die einzelne Schülerinnen und Schüler in Schulklassen begleiten, muss sinnvoll gesteuert werden. Mit einer neuen Konzeption stellen wir dieses Modell auf eine zukunftsfähige Basis. Wir wollen berufsbildende Schulen zu inklusiven Schulen ausbauen und ihnen ein vergleichbares Unterstützungssystem wie den allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung stellen.

Anstelle der als reine Verwaltungseinheiten unbrauchbaren Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusion (RZI) werden wir möglichst vielen Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglichen, Förderzentren zu Förderschulzentren weiterzuentwickeln. Damit werden wir ein gut erreichbares Regionalnetz von bis zu 150 Förderschulzentren im Land aufbauen. Sie vereinigen alle Förderschwerpunkte unter einem Dach. Sie bieten allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig vom Förderschwerpunkt, als Schule einen geschützten Raum und sorgen als multiprofessionelles Zentrum für guten Förderschulunterricht und für hochwertige Unterstützung in allen Schulen. Die Förderschulzentren arbeiten eng mit den allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen zusammen. Ortsnah bieten sie den Schulträgern Grundlage für eine verlässliche Schulentwicklungsplanung, die sich den Strukturen vor Ort anpasst und die erforderliche optimale Vernetzung aller am Erziehungsprozess des Kindes beteiligten Personen garantiert. Die Einbeziehung der Jugend- und Sozialämter ist dabei unerlässlich.

Frage 4: Wird Ihre Partei aktiv für Betreuungsmöglichkeiten und die gesunde Mittagsverpflegung an den niedersächsischen Ganztagschulen eintreten? Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei diesbezüglich ergreifen?

Antwort: Die CDU steht für einen Ausbau guter Ganztagsangebote, die freiwillig bleiben sollen. Alle Schulen in Niedersachsen sollen ihren Schülerinnen und Schülern bis 2022 ein umfassendes Ganztagsangebot unterbreiten. Dazu gehört das Mittagessen ebenso wie in der Schule die Unterstützung bei den Hausaufgaben durch Lehrkräfte, die im Rahmen eines Hausaufgabenpools den Kindern zur Verfügung stehen werden. Ganztagschulen sollen ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit in ihre Arbeit einbeziehen.

Frage 5: Bestehen Ihrerseits Überlegungen, Veränderungen in Bezug auf Ausstattungs- und Finanzierungshilfen für Schulen in freier Trägerschaft vorzunehmen? Wenn ja, welche Veränderungen sind zu erwarten?

Antwort: Schulen in freier Trägerschaft bereichern unser Bildungssystem mit ihren besonderen Profilen und innovativen Angeboten. Die CDU setzt sich weiterhin für eine angemessene Unterstützung dieser wertvollen Ergänzung der öffentlichen Schulen ein. Grundsätzliche Änderungen bei Ausstattungs- oder Finanzierungshilfen sind gegenwärtig nicht geplant. Es muss aber gewährleistet sein, dass Weiterentwicklungen im staatlichen Schulsystem auch den Schulen in freier und privater Trägerschaft gleichberechtigt ermöglicht werden. Hierfür muss sichergestellt sein, dass die finanzielle Unterstützung des Landes regelmäßig überprüft und ggf. angepasst wird.

Frage 6: Wie beabsichtigt Ihre Partei, zukünftig die Unterrichtsversorgung zahlenmäßig zu erfassen? Werden Sie in diesem Zusammenhang die Datenbasis durch eine fortlaufende, monatliche Erhebung auf ein breiteres Fundament stellen?

Antwort: Die CDU hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, auch unterjährig Angaben zur Unterrichtsversorgung aufzubereiten und zu veröffentlichen, um Eltern und Schülern besser und transparenter zu informieren. Alle Schulen werden künftig zur Verbesserung der Transparenz die erteilten und die ausgefallenen Unterrichtsstunden digital erfassen. Dazu wollen wir, dass ein entsprechendes Datennetzwerk aller Schulen in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde bis 2020 eingerichtet wird.

Frage 7: Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Fahrtkostenbefreiung für Berufsschüler und Schüler der Sekundarstufe II einführen? Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen? Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingenbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewährleisten?

Antwort: Mobilität ist für junge Menschen ein Zukunftsthema. Daher werden wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden sowie den Verkehrsunternehmen ein Modell für ein „Schülerticket Niedersachsen“ verhandeln. Es soll jungen Menschen niedersachsenweit das ganze Jahr die Nutzung von Bussen, S-Bahnen, Straßenbahnen, U-Bahnen und Regionalzügen auf dem Weg zur Schule, aber auch im Freizeitverkehr, ermöglichen. Der Eigenanteil beträgt einen Euro pro Tag. Bezugsberechtigt sollen Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende sein, die in Niedersachsen wohnen oder deren Schule oder Ausbildungsstätte in Niedersachsen liegt. Dazu zählen z. B. auch Personen, die den Freiwilligendienst leisten. Alle, die ihr Schülerticket bislang voll erstattet bekommen, zahlen auch weiterhin nichts. Das Land wird die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen erstatten. Die Eigenwirtschaftlichkeit der privaten Verkehrsbetriebe muss erhalten bleiben.

Frage 8: Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler an niedersächsischen Schulen einführen? Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen? Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingenbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewährleisten?

Antwort: Die CDU hält die Wiedereinführung der generellen Lernmittelfreiheit nicht für das probate Mittel, beste Bildungschancen für sozial schwächere Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Die derzeitige Regelung zufolge sind Leistungsempfänger (z.B. Sozialhilfe oder nach Asylbewerberleistungsgesetz) ohnehin von der Leihgebühr freigestellt.

Gleiches gilt für die Forderung, alle schulischen und außerschulischen Angebote grundsätzlich kostenfrei zu gestalten. Bund und Land haben in den vergangenen Jahren mehrere Programme auf den Weg gebracht, um sozial schwächere Schülerinnen und Schüler bei der Anschaffung von Unterrichtsmaterialien oder bei der Begleichung von Gebühren in der außerschulischen Bildungsarbeit zu helfen. Hier sei exemplarisch auf das Bildungs- und Teilhabepaket verwiesen.

Die CDU setzt sich weiterhin dafür ein, in Niedersachsen ein Programm für Schülerstipendien aufzulegen, das gezielt begabte Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg unterstützt. Das Stipendium richtet sich an Kinder und Jugendliche aus Familien mit kleinen Einkommen. Diese wollen wir mit einem jährlichen Bildungsgeld von 2.400 Euro (200 Euro pro Monat) unterstützen.

Frage 9: Welchen Aktionsplan wird Ihre Partei umsetzen, um die qualitative Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen Niedersachsens nachhaltig und unmittelbar spätestens zum Schuljahr 2018/2019 auf über 105 % anzuheben?

Antwort: Die CDU setzt sich dafür ein, die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen umgehend wieder auf deutlich über 100 Prozent zu erhöhen, um den erheblichen Unterrichtsausfall in weiten Teilen des Landes abzubauen. Hierfür geben wir den Schülerinnen und Schülern eine Unterrichtsgarantie. Gemeinsam mit den Bildungsverbänden wollen wir dazu ein Unterrichtssicherungspaket vereinbaren.

Wir wollen Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten und die Erteilung des Pflichtunterrichts wieder ins Zentrum rücken. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer von unterrichtsfremden, insbesondere nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten. Sie sollen mehr Zeit haben, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren, auf guten Unterricht. Dafür stellen wir zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter, pädagogische Mitarbeiter, Schulsozialarbeiter und anderes hierfür qualifiziertes Personal zur Verfügung.

Künftig sollen die verfügbaren Stellen im Vorbereitungsdienst vollständig ausgeschöpft werden, in dem wir allen angehenden Lehrkräften, die erfolgreich den Vorbereitungsdienst absolvieren, eine Einstellungsgarantie geben.

Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung lehnen wir ab.

Frage 10: Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum, zu steigern?

Frage 11: Anknüpfend an Frage 10: Wird Ihre Partei eine Anhebung der Besoldungsgruppen sämtlicher Lehrer in Niedersachsen beschließen, um im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zukünftig bestehen zu können?

Antwort zu den Fragen 10 und 11: Lehrkräfte und Schulleitungen, weitere in Schulen tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Fachkräfte in Kitas, Tagesmütter und -väter sind der entscheidende Erfolgsfaktor für eine gute schulische und frühkindliche Bildung. Ihnen gilt unsere hohe Wertschätzung. Ohne ihr tägliches großes Engagement und ohne ihre pädagogischen und fachlichen Leistungen kann es in Niedersachsen keine guten Bildungsangebote geben.

Wir wollen den Lehrerberuf dadurch attraktiver gestalten, dass u.a. nicht-pädagogische Aufgaben delegiert werden und durch eine stärkere Nutzung der niedersächsischen Bildungscloud die Unterrichtsvorbereitung erleichtert wird.

Die CDU plant dabei keine generelle Besoldungserhöhung für alle Lehrkräfte. Allerdings wollen wir die Arbeit von Schulleitern an kleinen Grundschulen und an Brennpunktschulen besser würdigen, denn an diesen Standorten sind besonders viele Stellen unbesetzt. Diese Schulleiterinnen und -leiter sollen in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit eine monatliche „Dorfschulprämie“ erhalten. Ferner sollen Schulleitungen an Grundschulen künftig mindestens mit A 13 besoldet werden, Leitungen in Schulverbänden mindestens mit A 14. Gleichzeitig soll die Unterrichtsverpflichtung auf maximal 15 Stunden abgesenkt werden.

Die CDU sieht den Mangel an Fachlehrkräften mit großer Sorge. Dies gilt besonders für die WiMINT-Fächer (Wirtschaft, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Daher werden wir eine Fachlehrerprämie einführen, um Abiturientinnen und Abiturienten für ein lehramtsbezogenes Studium in WiMINT-Fächern zu gewinnen.

Frage 12: Wird Ihre Partei aktiv für den Fortbestand sämtlicher bestehender Schulformen in Niedersachsen eintreten? Wenn ja, welche konkreten Überlegungen bestehen, ein möglichst wohnortnahes gegliedertes Schulsystem aufrechtzuerhalten? Wenn nein, wie wird sich in Ihrer Regierungsverantwortung die Schullandschaft gestalten?

Antwort: Die CDU setzt sich für die Sicherung eines breitgefächerten wohnortnahen Schulsystems ein. So wollen wir die Förderschulen wieder ins Schulgesetz aufnehmen und die Auflösung der Förderschule Lernen rückgängig machen. Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen, Haupt- und Realschulen sowie Förderschulen sichern die Wahlfreiheit der Schüler und gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler das für sie richtige Angebot vorfinden.

Frage 13: Wird Ihre Partei BNE als Pflichtveranstaltung im Rahmen der Lehrerbildung implementieren? Wenn ja, konkretisieren Sie bitte zu erwartende Veränderungen. Wenn nein, warum sehen Sie kein Erfordernis?

Antwort: Die CDU unterstützt eine stärkere Verankerung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema im Schulunterricht. Wir sehen es als sinnvoll an, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Lehrerfortbildung weiter auszubauen. Aspekte der BNE sind bereits jetzt in bestimmten Unterrichtsfächern Bestandteil der Studienangebote für angehende Lehrkräfte.

Frage 14: Anknüpfend an Frage 13: Wird Ihre Partei konkrete Lernziele und Leistungsnachweise in zukünftigen Kerncurricula formulieren, um BNE prägnanter im Schulalltag zu verankern?

Antwort: Die Vermittlung von BNE als Querschnittsthema gehört bereits in vielen Schulen zum Alltag. Wie auch andere wichtige Querschnittsthemen, zum Beispiel Medienkompetenz und Verbraucherbildung, sollte das Thema BNE bei der Aktualisierung von Lehrplänen in geeigneter Weise und in angemessenem Umfang Berücksichtigung finden.

Frage 15: Wie beabsichtigt Ihre Partei, nach Abschaffung der Schulinspektion die Arbeit der Schulen in Niedersachsen zu evaluieren?

Antwort: Diese Frage verkennt, dass die Schulinspektion nicht abgeschafft, sondern lediglich organisatorisch neu ausgerichtet wurde. Die Schulinspektion in Niedersachsen wird sich künftig schwerpunktmäßig auf die Unterrichtsqualität konzentrieren. Die externe Evaluation unserer Schulen ist aus Sicht der CDU sinnvoll und wird weiterhin möglich sein.

Frage 16: Anknüpfend an Frage 15: Kommt für Ihre Partei eine paritätisch mit Eltern besetzte zentrale Stelle, die direkt dem Minister/der Ministerin in Form des Berliner Modells unterstellt ist, in Betracht?

Antwort: Die CDU unterstützt diese Forderung nicht.

Frage 17: Was versteht Ihre Partei unter „Digitalisierung“ an den Schulen?

Antwort: Die CDU wird für die Schulen in Niedersachsen eine umfassende Digital-Offensive auf den Weg bringen. Kinder und Jugendliche benötigen eine vertiefte digitale Bildung als Teil ihrer Bildung und Erziehung. Unser Bildungsziel ist die Bereitschaft und Fähigkeit zu selbstbestimmtem Denken und Handeln in einer digitalisierten Welt. Digitale Bildung heißt, dass die Grundlagen der digitalen Welt in der Schule gelehrt werden. Dabei gilt: Neue Technologien müssen mit der Unterrichtsdidaktik und mit den Unterrichtszielen in Einklang gebracht werden.

Mit einer „Log-In-Offensive“ werden wir in den nächsten fünf Jahren erreichen, dass Schülerinnen und Schüler spätestens ab Klasse 4 im Unterricht mit Laptop oder Tablet arbeiten können. Den Unterricht durch digitale Medien werden wir evaluieren und darauf aufbauend ggf. anpassen. Hierfür können sie ihre eigenen Geräte nutzen, sofern diese den notwendigen Grundanforderungen entsprechen. Alternativ werden die Geräte durch die Schule gestellt, die Kosten trägt das Land.

Mit einer Informatikoffensive werden wir stufenweise ab 2020 an allen Schulformen ab dem 5. Schuljahrgang Informatikunterricht als Pflichtfach einführen. An den Grundschulen soll es diese Möglichkeiten ebenfalls geben. Um dieses Ziel zu erreichen, geben wir jedem Informatik-Lehrer, der in Deutschland sein Studium erfolgreich abgeschlossen hat, eine Einstellungsgarantie in Niedersachsen.

Die Lehrpläne sind kontinuierlich an die Entwicklungen der Digitalisierung anzupassen. Alle Lehrkräfte müssen in der Lage sein, digitale Medien einzusetzen.

Frage 18: Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Lehrerausbildung auf die „Digitalisierung“, aber auch auf die Risiken und Gefahren im schulischen Alltag abzustimmen?

Antwort: Die CDU will Lehrkräfte durch eine umfangreiche Fortbildungsoffensive auf die stärkere Verankerung digitaler Unterrichtsmaterialien im Schulalltag vorbereiten. Dabei ist es aus unserer Sicht wichtig, stets herauszustellen, dass digitale Medien und Technologien Vorhandenes vor allem ergänzen. Die CDU sieht keine Veranlassung, die Lehreraus- und -fortbildung so zu verändern, dass Gefahren und Risiken der Digitalisierung unverhältnismäßig viel Raum erhalten. Vielmehr sollten vor allem die Chancen der Digitalisierung vermittelt werden, bei denen wirksame Leitplanken eine missbräuchliche Nutzung verhindern. Einen wichtigen Beitrag wird hier eine stärkere Medienkompetenzvermittlung leisten können.

Frage 19: Wird Ihre Partei den Nachteilsausgleich auch für Auszubildende an den Berufsschulen und Schülern im Abschlussjahrgang in den Sek I und Sek II einführen? Wenn ja, welche Veränderungen können Betroffene erwarten? Wenn nein, warum besteht aus Ihrer Sicht kein Bedarf des Handelns?

Antwort: Die Bestimmungen zum Nachteilsausgleich sind immer wieder Anlass für Diskussionen. Wir setzen uns für eine Revision und ggf. Überarbeitung der entsprechenden erlasslichen Regelungen ein.

Frage 20: Wird Ihre Partei die frühzeitige Einbindung des Landeselternrates in Gesetzgebungsverfahren und allen anderen, Eltern niedersächsischer Schüler betreffenden Veränderungen schulrechtlicher Vorgaben befürworten sowie aktiv an deren Umsetzung arbeiten?

Antwort: Die gesetzlich vorgegebenen Beteiligungsmöglichkeiten des Landeselternrats im schulrechtlichen Bereich sind bereits weitreichend. Die CDU hält die frühzeitige und intensive Einbindung aller Interessengruppen in Gesetzgebungsverfahren für wichtig und notwendig. Daher hat die CDU-Landtagsfraktion mehrfach eigene Anhörungen mit hoher Verbandsresonanz durchgeführt, wenn die Anhörungsverfahren im Niedersächsischen Landtag aus unserer Sicht unzureichend waren.

Frage 21: Wie positioniert sich Ihre Partei bezüglich des Einschulungsalters und der Einschulungsvoraussetzung? Sehen Sie Änderungs- oder Konkretisierungsbedarf, wenn ja welchen und welche Gründe sprechen für eine Änderung?

Antwort: Wir werden den Einschulungszeitpunkt flexibilisieren. Die Entscheidung darüber liegt grundsätzlich bei den Eltern. Die Einschulung kann so pädagogisch sinnvoller an den Entwicklungsstand des Kindes angepasst werden.

Frage 22: Wie stehen Sie zu einem rückschlussfreien Beschwerdemanagement als Angebot für Eltern? An welcher Institution sollte ein rückschlussfreies Beschwerdemanagement eingerichtet werden, a) bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde b) beim Niedersächsischen Kultusministerium? Welche Gründe sprechen für Ihre Auswahl a) oder b)?

Antwort: Die CDU steht der Einführung eines solchen Beschwerdemanagements kritisch/ konstruktiv gegenüber. Bereits heute bieten die Servicestellen der Landesschulbehörde sowie die Anlaufstelle für Opfer und Fragen sexuellen Missbrauchs und Diskriminierung in Schulen und Tageseinrichtungen eine übergeordnete Beratungsinstanz für Eltern. Gleichwohl erscheint es sinnvoll, grundsätzliche Hinweise zur Unterrichtsqualität in geeigneter Form zu sammeln und auszuwerten.